Protokoll

Gremium	**Rat der Stadt Vechta**
Sitzung am	Montag, den 05.09.2022
Sitzungsort, Raum	Ratssaal im Rathaus
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:40 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den nachfolgenden Beschlüssen.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Ratsvorsitzende: _____

Bürgermeister: _____

Protokollführung: _____

Teilnehmerverzeichnis

Name, Vorname	Funktion Bemerkung

Stimmberechtigte Mitglieder:

Göhner, Simone	Ratsvorsitzende
Kater, Kristian	Bürgermeister
Agfirat, Hilal	
Averdam, Heinrich	
Bartz, Alexander	
Borchardt, Sylvia	
Bröker, Jana	
Büssing, Boris	
Dödtmann, Josef	
Droste, Niklas	
Frilling, Thomas	
Frohn, Anna	
Frye, Jens	
Hermes, Marion	
Hölzen, Frank	
Kalkhoff, Simon	
Lammerding, Frank, Dr.	
Lampe, Volker	

Leßel, Rüdiger	ab TOP 7
Lübbe, Elke	
Middelbeck, Ilka	
Moormann, Michael	
Ramnitz, Sebastian	
Schmedes, Florian	
Schwarting, Bernhard	
Sieveke, Stephan	
Teuber, Karl-Heinz	
Thomann, Tobias	
Wehry, Felix	
Wichmann, Rolf	
Wilking, Annette	
Wilming, Philip	

Von der Verwaltung:

Sollmann, Sandra	Erste Stadträtin
Middelbeck, Guido	Fachbereichsleitung II
Scharf, Christel	Fachbereichsleitung III
Holzenkamp, Rüdiger	Fachdienstleitung 65
Kienitz, Bianka	Fachdienstleitung 11
Mucker, Christine	Fachdienstleitung 23
Thole, Stefan	Fachdienstleitung 32
Ruhr, Juanita	Fachdienstleitung 12 / Protokoll
Schlärmann, Andrea	Gleichstellungsbeauftragte
Gericke, Franziska	Fachdienst 40
Kirchhoff, Marius	Fachdienst 65

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung,
   Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit,
   Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Vechta vom 11.07.2022
   -Öffentlicher Teil-

3. Einwohnerfragestunde

4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Beantwortung von Anfragen

5. Antrag der CDU Fraktion vom 24.08.2022 nach § 59 Abs. 2 S. 4 NKomVG;
   Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Vechta, insbesondere der Schließung zweier öffentlicher Bäder

6. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2022 nach § 11 der Geschäftsordnung;
   Prüfung der Einrichtung / Unterstützung eines Härtefallfonds -Energie-

7. Antrag der CDU Fraktion vom 24.09.2022 nach § 59 Abs. 2 S. 4 NKomVG;
   Vorstellung der Planungen der Euthymiastiftung zur Zusammenlegung der Krankenhäuser Vechta und Lohne am Altstandort in Vechta

TOP 1

Eröffnung der Sitzung,
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit,
Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ratsvorsitzende Göhner eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung des Rates der Stadt Vechta. Sie begrüßte alle Ratsmitglieder, die interessierte Öffentlichkeit, insbesondere den ehemaligen Ratsvorsitzenden und ehemaligen Ortsbürgermeister Josef Kläne sowie den amtierenden Ortsbürgermeister Dirk Lübbe, Herrn Heinze als Vertreter der Presse (OV), Herrn Aloys Muhle als Geschäftsführer des St. Marienhospitals Vechta sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere Erste Stadträtin Sandra Sollmann und Bürgermeister Kristian Kater.

Auf Antrag der CDU-Fraktion sei zur heutigen Sitzung geladen worden. Der Bürgermeister habe den Rat unverzüglich einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Vertretung (=11 Mitglieder) dies verlange. Die CDU-Fraktion sei im Rat mit 14 Mitgliedern vertreten, so dass diese Voraussetzung erfüllt sei.

Mit Einladung vom 26.08.2022 sei ordnungsgemäß geladen worden. Abgemeldet von der Sitzung habe sich Herr Schaffhausen. Eine Verspätung hätten Herr Averdam sowie Herr Leßel angekündigt. Der Rat sei somit beschlussfähig.

Es liege ein Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2022 auf Prüfung der Einrichtung / Unterstützung eines Härtefallfonds -Energie- vor. Sie gab der Antragstellerin das Wort zu Begründung der Dringlichkeit. Die Fraktion stellte diese entsprechend ihres Antrags, der dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, dar.

Die Ratsgruppe VCD und FDP sah keinen Sinn in einer Beratung zum jetzigen Zeitpunkt, da das Land aktuell plane, einen entsprechenden Fonds bereitzustellen, hierüber aber am 07. und 14.09. noch beraten müsse. Die Ergebnisse dieser Beratungen seien abzuwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt werde lediglich die Möglichkeit gesehen, eine entsprechende Resolution zu verabschieden.

Ratsvorsitzende Göhner informierte, dass nach § 11 der Geschäftsordnung der Antrag auf die Tagesordnung zu setzen ist, wenn die Dringlichkeit mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder (22 Stimmen) anerkannt wird. Sie stellte den Antrag alsdann zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Vechta fasste folgenden Beschluss:

„Die Dringlichkeit des Antrags der CDU-Fraktion vom 31.08.2022 auf Prüfung der Einrichtung / Unterstützung eines Härtefallfonds -Energie- wird anerkannt."

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 22

Ratsvorsitzende Göhner teilte mit, dass der Antrag mit dem Ergebnis auf die Tagesordnung zu setzen sei. Sie schlug vor, diesen als Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln, alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben. Hiergegen erhoben sich keine Bedenken.

Weitere Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor. Sie stellte daher die Tagesordnung in der ergänzten Form fest.

TOP 2

Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Vechta vom 11.07.2022 -Öffentlicher Teil-

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erkundigte sich zu Tagesordnungspunkt 10 des Protokolls, welche Konsequenz die Aussage der Verwaltung habe, dass die im Gewerbegebiet Schürenstätte festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen bislang nicht umgesetzt worden seien. Bürgermeister Kater informierte, dass dort genannte Anpflanzungen vorgenommen würden und der Ausgleich damit hergestellt werde.

Der Rat der Stadt Vechta fasste folgenden Beschluss:

„Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Vechta vom 11.07.2022 -Öffentlicher Teil- wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen:	30
	Enthaltungen:	1

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzende Göhner informierte, dass die Einwohnerfragestunde entsprechend der geänderten Geschäftsordnung erstmalig zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung stattfinde. Sie wies in diesem Zusammenhang auf folgende Regeln hin:

- Jeder Einwohner möge bitte vor der Fragestellung seinen Namen nennen.
- Die Fragen seien an den Bürgermeister zu richten.

Rainer Rohnstock

Herr Rohnstock erkundigte sich, wie die Entscheidung zustande gekommen sei, das Lehrschwimmbecken in Langförden zu schließen. Es handele sich u.a. um ein Inklusionsbad für Patienten des Aphasiezentrums, Betreute des Sonnenhofs sowie Seniorengruppen, nicht also ausschließlich um ein „Spaß-

bad“. Viele Nutzer hätten ein großes Bedürfnis, dort zu schwimmen. Der Hintergrund der Energiekrise sei zwar bekannt, dennoch frage man sich, ob die Schließung ein nachvollziehbarer Teil eines Gesamtkonzepts oder „handstreichartig“ erfolgt sei.

Bürgermeister Kater machte deutlich, dass es in Vechta keine reinen „Spaßbäder“ gebe. Die Beantwortung der Frage sei Inhalt eines Berichts mit Gesamtkonzept zu einem noch folgenden Tagesordnungspunkt. Er schlage daher vor, die Beantwortung auf diesen Tagesordnungspunkt zu verschieben, um Doppelungen zu vermeiden. Hiergegen wurden keine Bedenken erhoben. Die CDU-Fraktion bat, dass im Rahmen des Tagesordnungspunktes weitere Nachfragen zugelassen würden. Ratsvorsitzende Göhner wies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Anhörung anwesender Einwohner/innen nach § 16 der Geschäftsordnung hin.

Martin Höffmann

Herr Höffmann informierte, dass vor einer Woche viele Kinder eingeschult worden seien und üblicherweise bei Einschulung ihren Stundenplan erhielten. Aufgrund des kurzfristigen Entschlusses der Stadt, zwei Bäder zu schließen, sei es den Schulen jedoch nicht möglich gewesen, rechtzeitig einen Stundenplan zu erstellen. Er schloss sich zudem den Aussagen seines Vorredners an, was auch für weitere Bäder gelte. Er bat um Mitteilung, wann die Bäder wieder geöffnet würden. Jedes Kind, das nicht schwimmen lerne, könne in eine lebensbedrohliche Situation geraten.

Zu den Gründen für die Schließung der Bäder bat Bürgermeister Kater (so auch zu den nachfolgenden Einwohnerfragen in dieser Angelegenheit) den entsprechenden Tagesordnungspunkt abzuwarten. Was die Erstellung der Stundenpläne angehe, so sei auch in den letzten Jahren nicht bereits am ersten Schultag ein Stundenplan ausgegeben worden.

Rijana Kröger

Frau Kröger informierte, dass sie Mitinhaberin der Praxis für Physiotherapie Gerdes und Kröger in Langförden sei. Sie machte auf die Dringlichkeit der Therapiemaßnahmen im Lehrschwimmbecken in Langförden aufmerksam. Das Becken biete u.a. einen behindertengerechten Eingang sowie einen Lifter. Diese notwendigen Voraussetzungen biete kein anderes Schwimmbecken.

Ortsbürgermeister Dirk Lübbe

Herr Lübbe machte deutlich, dass man in Langförden bereit sei, Maßnahmen mitzutragen, die aufgrund der aktuellen Situation (Energiekrise) notwendig seien. Ihn interessiere die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise der Schließung der beiden kleineren Bäder. Da das Lehrschwimmbecken in Langförden erst vor Kurzem saniert worden sei, sei davon auszugehen, dass es den geringsten Verbrauch aufweise.

Norbert Krümpelbeck

Herr Krümpelbeck stellte sich als ehrenamtlich Tätiger im Seniorenbüro vor. Er erkundigte sich, wann mit der Errichtung des Seniorenzentrums gegenüber der Fa. Freese und Feldhaus begonnen werde. Vor fünf Jahren sei die Angelegenheit vom ehemaligen Bürgermeister mit besonderer Dringlichkeit vorgetragen worden.

Bürgermeister Kater informierte, dass das Grundstück verkauft sei und eine Baugenehmigung vorliege, somit also von städtischer Seite alle Voraussetzungen erfüllt seien, um mit dem Bau zu beginnen.

Peter Welting

Herr Welting bat um Positionierung zu folgenden Fragen:

- Ist es richtig, dass auf der Kindertagesstätte in Telbrake weniger Solarzellen verbaut wurden, um damit die Kindertagesstätte in Langförden auszustatten?
- Er regte an, eine Genossenschaft zu gründen, um Bürgern die Möglichkeit zu geben sich am Ausbau erneuerbarer Energien zu beteiligen.
- Ist es richtig, dass Photovoltaikanlagen aktuell nicht ans Netz gehen können?
- Wie ist der Stand zur Nutzung von Erdwärme und Windkraft?

Bürgermeister Kater informierte, dass die Stadt bereits begonnen sei, Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften zu installieren. Einige Projekte würden bereits umgesetzt (u.a. ehemalige Eisarena der GSO, Lagerhalle der Kläranlage, Kindergärten Telbrake und Langförden). Zur Situation der Kindertagesstätten in Telbrake und Langförden führte er aus, dass für die Kita Telbrake eine 24kW-Anlage geplant worden sei, diese aber über dem eigenen Bedarf produziere. Vor diesem Hintergrund seien Solarzellen mit einer Peak-Leistung von 10 kW an die Kita Langförden abgegeben worden. Sofern der Bedarf sich erhöhe, könne die Anlage jedoch aufgestockt werden. Für beide Einrichtungen seien zudem Wärmepumpen geplant und bereits bestellt. Damit versuche man, die Abhängigkeit von Gas zu reduzieren.

Zur Frage der Energiegenossenschaft führte er weiter aus, dass es Hemmnisse für die öffentliche Verwaltung gebe, sich in die Gründung einer solchen einzubinden. Selbstverständlich seien private Personen jedoch aufgerufen, eine solche Möglichkeit umzusetzen.

Viele weitere Möglichkeiten der Energieeinsparung und der Reduktion des Gasverbrauchs würden derzeit diskutiert. Der Gesetzgeber habe Regelungen geschaffen, die eine schnellere Umsetzung ermöglichen sollten. Auch die EWE arbeite aktuell noch an Verbesserungen. Diese scheiterten derzeit jedoch häufig an notwendigen Sachverständigen. Zum Thema Windkraftanlagen habe die Stadt Vechta zudem Korridore über einen entsprechenden Flächennutzungsplan bereitgestellt.

TOP 4

Bericht des Bürgermeisters über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Beantwortung von Anfragen

Altes Rathaus / Trauzimmer

Bürgermeister Kater informierte, dass der Rat der Stadt Vechta in seiner Sitzung am 11.07.2022 einen Antrag der CDU-Fraktion bezogen auf die Nutzung des Alten Rathauses in den Verwaltungsausschuss verwiesen habe. In seiner Sitzung am 30.08.2022 sei dieser Punkt im Verwaltungsausschuss behandelt worden. Die Stadtverwaltung Vechta nutze das Gebäude bereits seit 1957 als Verwaltungsgebäude. 2018 sei die Sanierung und der Umbau des Alten Rathauses mit der Errichtung von bis zu 31 Arbeitsplätzen beschlossen worden. Im Alten Rathaus würden zukünftig Bürgermeister Kater, Erste Stadträtin Sollmann sowie die dem Bürgermeister direkt zugeordneten Verwaltungseinheiten (Stabsstellen 11, 13 und 80, Sekretariat ESR sowie der Fachdienst 15) untergebracht (insgesamt 27 Arbeits-

plätze). Durch den Umzug würden im neuen Rathaus 33 Arbeitsplätze frei.

Zur Nutzung des Alten Ratssaals führte er weiter aus, dass dieser mit neuer Lampentechnik ausgestattet worden sei und die Räumlichkeit weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich bleibe. Auch in Zukunft sollten dort Trauungen stattfinden. Zu bedenken sei hierbei, dass in dem Gebäudeteil auch insgesamt 8 Arbeitsplätze untergebracht seien und ein geordneter Dienstbetrieb zu gewährleisten sei. Zunächst werde der Alte Ratssaal an ein bis zwei Wochenenden im Monat (jeweils Freitag und Samstag) für jeweils 3 - 9 Trauungen zur Verfügung gestellt. Es stünden in der Summe vier Örtlichkeiten für Trauungen zur Verfügung: Altes Rathaus, neues Rathaus, das Museum und der Spieker in Langförden.

TOP 5

Antrag der CDU Fraktion vom 24.08.2022 nach § 59 Abs. 2 S. 4 NKomVG; Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden der Stadt Vechta, insbesondere der Schließung zweier öffentlicher Bäder

Die CDU-Fraktion stellte ihren Antrag (s.h. Anlage) vor und stellte in diesem Zusammenhang fest, dass

- der Rat in Bezug auf die Schließung der Hallenbäder nicht nach § 58 NKomVG beteiligt worden sei,
- die Schließung von Hallenbädern keine Angelegenheit der laufenden Verwaltung (wiederkehrende Angelegenheit innerhalb der Verwaltung) sei,
- vor Schließung der Bäder eine rechtzeitige Information an die Ratsmitglieder (wie in der Sitzung am 11.07.22 zugesagt) und ein transparenter Umgang mit der Angelegenheit notwendig gewesen wäre, die Weiterleitung einer Pressemitteilung einen Tag vor Veröffentlichung genüge hier nicht,
- die Öffentlichkeit (wie auch die Einwohnerfragestunde zeige) nicht ausreichend informiert worden sei.

Ergänzend erkundigte sich die CDU-Fraktion, ob alternative Möglichkeiten erneuerbarer Energien geprüft worden seien.

Bürgermeister Kater stellte den aktuellen Sachstand anhand des Lageberichts der Bundesnetzagentur mit unterschiedlichen Szenarien sowie des Energieverbrauchs der Stadt Vechta entsprechend der in der Anlage beigefügten Unterlagen vor. Sowohl für den Fall, dass die Gasflüsse aus der Nord Stream 1 bei 20 % lägen als auch für den Fall, dass keine Gasflüsse erfolgten, könne eine Gasmangellage zum Ende des Jahres eintreten, sofern nicht auch im Verbrauch gespart werde. Es sei daher zwingend erforderlich, auch wenn Privathaushalte grundsätzlich geschützt seien, Verbräuche zu reduzieren, zumal auch die Gaspreise exorbitant stiegen. Das „Worst-Case-Szenario“ entstehe, wenn lediglich 5 % gespart würden. Notwendiges Ziel sei die Einsparung von 15 % (bezogen auf die EU) bzw. von 20 % (bezogen auf Deutschland, wegen der höheren Verbräuche).

Es stelle sich daher die Frage, welche Maßnahmen sinnvoll und für alle Beteiligten erträglich seien, um zu verhindern, in eine Mangellage zu geraten. In privaten Haushalten könnten max. 2 – 2,5 % eingespart werden. Die Stadt habe sich daher die städtischen Liegenschaften, insbesondere die

„Großverbraucher“ angesehen.

Die Stadt Vechta verbrauche jährlich ca. 9 Mio. kWh. Die höchsten Einsparungen im Rahmen städtischer Liegenschaften seien im Bereich der Schwimmbäder möglich.

Folgende Jahresverbräuche seien bei den Liegenschaften 2021 angefallen:
- HWB – 2.154.500 kWh (inkl. Freibad)
- GSO – 2.585.888 kWh (Schule, Sportzentrum und Liobaschule)
- Langförden – 1.453.321 kWh (Schule, Kita, Sportzentrum)

Wie hoch der Anteil der Verbräuche an der GSO und in Langförden für die jeweiligen Schwimmhallen sei, könne leider nicht festgestellt werden. Geschätzt beliefen sich die Einsparungen durch die Schließung der Schwimmhalle der GSO auf ca. 1.000.000 kWh und in Langförden auf rund 600.000 kWh.

Da auch im HWB aufgrund umfangreicher Einsparungsmaßnahmen (u.a. Filterspülung auf Handspülung umgestellt) mit einer erheblichen Reduzierung des Jahresverbrauches zu rechnen sei, könnten alleine durch die Schwimmbäder in nächster Zeit voraussichtlich um die 2 Mio. kWh Gas eingespart werden.

Die Stadt befinde sich in der guten Lage, drei Hallenbäder in eigener Trägerschaft zu haben. So sei es möglich, dass alle Schwimmkurse weiter stattfinden könnten, obwohl zwei Bäder (GSO und Langförden) nach der Sommerpause nicht wieder geöffnet worden seien. Im HWB könnten jeweils 2 Kurse parallel zu allen Zeiten abgehalten werden. Darüber hinaus habe der Landkreis der Stadt freie Hallenzeiten im Gymnasium Antonianum (Trägerschaft Landkreis) zur Verfügung gestellt. Der öffentliche Badebetrieb werde aufgrund der Priorisierung eingeschränkt, aber dennoch ermöglicht (sh. anliegenden Belegungsplan des Hallenwellenbades).

Bürgermeister Kater ergänzte, dass in Langförden bislang auch die 1. und 2. Klassen am Schwimmunterricht teilgenommen hätten. Üblich sei ein Schwimmunterricht ausschließlich in den 3. und 4. Klassen. Zur Gleichberechtigung aller, habe man daher auch hier den Schwimmunterricht auf die 3. und 4. Klassen beschränkt.

Zur Frage, ob der Bürgermeister die vorgenannten Entscheidungen allein treffen dürfe, führte er aus, dass Alternativen geschaffen worden seien und alle bisherigen und notwendigen Kurse und Zeiten weiterhin abgebildet werden könnten. Alle Bedarfe würden somit gedeckt. Die Entscheidung könne er als Bürgermeister daher allein treffen.

Weiter stelle sich die Frage, welche Maßnahmen ergänzend möglich seien. Themen wie „Biogasanlagen“ und „Geothermie“ würden aktuell geprüft. Die Antwort auf die Frage, ob ein Energieträgerwechsel notwendig und möglich sei, stehe ebenfalls noch aus.

Alle Sporthallen blieben bis auf Weiteres weiter geöffnet, lediglich die Warmwasseraufbereitung sei ausgeschaltet worden.

Die CDU-Fraktion hob hervor, dass sie die genannten Maßnahmen mittrage. Jedoch werde erwartet,

dass die Politik eingebunden werde. Die Aussage, dass die Maßnahmen im VA vorgestellt worden seien, erwecke den Eindruck, dass die Politik beteiligt worden sei. Das sei jedoch nicht der Fall. In der Bevölkerung gebe es zahlreiche Fragestellungen und es bestehe die Notwendigkeit Verständnis für die Maßnahmen zu wecken. In diesem Zusammenhang sei es wenig hilfreich, wenn die Politik nicht eingebunden werde. Man stehe vor großen Herausforderungen und erwarte eine rechtzeitige Beteiligung der Politik. Ergänzend wurde erneut darauf hingewiesen, dass es sich bei der Schließung der beiden Bäder nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. So sei es auch der Kommentierung zum NKomVG (Thiele) zu entnehmen. Notfalls werde man eine Prüfung der Angelegenheit vornehmen lassen.

Bürgermeister Kater nahm die Kritik gerne an. Es sei eine besorgniserregende Zeit zu erwarten, die nicht nur den Rat der Stadt Vechta, sondern die ganze Gesellschaft beschäftigen werde. Zur Zuständigkeitsfrage sagte er zu, eine erneute rechtliche Prüfung vornehmen zu lassen. Es seien zwei von 4 Bädern nach den Sommerferien nicht wieder in Betrieb genommen worden. Aufgrund der aktuellen Lage bat er hierfür um Verständnis. Für die meisten Bürger werde es nicht möglich sein, 20 % Energie zu sparen, daher sei es notwendig, die großen Verbräuche zu reduzieren, wie hier der Hallenbäder.

<u>Anmerkung der Verwaltung:</u>
Die Maßnahmen, das Lehrschwimmbecken in Langförden sowie das Schwimmbecken der GSO nach der Sommerpause nicht in Betrieb zu nehmen, werden auch nach erneuter Prüfung aus folgenden Gründen als Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne des § 85 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG angesehen:

- *Es handelt sich ausschließlich um eine temporäre Außerbetriebnahme. Die jährliche Inbetriebnahme ist ein laufendes Geschäft, das regelmäßig wiederkehrend erfolgt.*
- *Es handelt sich um notwendige Maßnahmen (Energieeinsparung) auf Grundlage der Bundesverordnung.*
- *Es entsteht kein Schaden für die Stadt, sondern um eine Abwendung möglicher entstehender Schäden (u.a. finanzieller Art).*
- *Die Optimierung der Vergabe von Hallenzeiten ist eine herkömmliche und übliche Verwaltungsaufgabe. Zudem werden alle Bedarfe von Schulen und Vereinen gedeckt.*

Auch wurde der Niedersächsische Städtetag (Herr Wittkop) um eine Einschätzung dieser Angelegenheit gebeten. Dieser vertrat ebenfalls die Auffassung, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.

Die Fraktion Wir für Vechta machte deutlich, dass für sie nicht nachvollziehbar sei, dass die Schwimmbecken in Langförden und der GSO geschlossen wurden und nicht an deren Stelle das Hallenwellenbad. Die Zahl der Stunden könnten gleichermaßen in den zwei kleineren Hallen abgehalten werden, zumal diese sich besser für Seepferdchenkurse sowie für notwendigen Rehasport (u.a. Aphasiezentrum + Sonnenhof) eigneten. Auch anhand der Zahlen zu den Einsparungen sei die Entscheidung des Bürgermeisters nicht nachvollziehbar.
Weiter teilte die Fraktion mit, dass nach heutiger Meldung private Haushalte nicht mehr als uneingeschränkt geschützt eingestuft würden. Für die Industrie gelte ein Basisschutz, was als richtig angesehen werde, da Arbeitsplätze erhalten bleiben müssten. Vor dem Hintergrund der notwendigen Einsparmaßnahmen auch der privaten Haushalte wurde empfohlen einen Spar-Ratgeber herauszugeben, um zu verhindern, dass man zum Ende des Jahres in eine Rationalisierungssituation gelange.

Bürgermeister Kater informierte, dass die Stadt davon ausgehe, mit der Schließung der zwei kleinen Bäder und der Verlegung aller Kurse in das HWB die zum aktuellen Zeitpunkt effizienteste und beste Lösung für alle Beteiligten geschaffen zu haben. Inwiefern diese Einschätzungen tatsächlich zuträfen, könne jedoch erst im Nachgang beurteilt werden, da eine genaue Aufteilung der Verbräuche bisher nicht möglich sei. Auch könne die Effektivität der Einsparmaßnahmen im HWB erst nach der Umsetzung beurteilt und analysiert werden. In den Sporthallen -wie auch schon vor der Sommerpause mitgeteilt- sei die Warmwasseraufbereitung bereits vor den Sommerferien abgeschaltet worden sei. Dies betreffe ausschließlich die Liegenschaften in städtischer Trägerschaft und nicht die vereinsbetriebenen Sportstätten.
Weiter informierte er, dass der Klimaschutzmanager bereits im Kontakt mit der Kreisvolkshochschule stehe, um hier eine bestmögliche Informationsmöglichkeit für die Bürger/innen herzustellen. Es liege in der Verantwortung der gesamten Bevölkerung, einen Beitrag zu leisten, um einen konjunkturellen Zusammenbruch zu verhindern.

Die Ratsgruppe VCD und FDP forderte eine differenziertere Betrachtung der Angelegenheit, insbesondere der möglichen Einsparungen. Sie bat die Verwaltung, dem Rat die Energieverbräuche aller städtischer Liegenschaften mitzuteilen. Bürgermeister Kater sagte zu, eine Übersicht in Kategorien zu ermöglichen. Die Stadt versuche in allen städtischen Liegenschaften zu sparen.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sah eine Gegenüberstellung der Verbräuche der Liegenschaften als wichtig an. Laut EWE sei jedoch insbesondere der nächste Winter entscheidend. Es sei daher notwendig, langfristig zu denken und zu planen.

Bürgermeister Kater teilte mit, dass es bislang keine konkreten Planungen für die kommenden Winter gebe. Es sei zunächst abzuwarten, welche Möglichkeiten sich ergäben. Notwendig sei eine Auswertung der Verbräuche, um genaue Datengrundlagen liefern zu können.
Anmerkung der Verwaltung: Entsprechende Erdgasverbräuche der Stadt Vechta sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Seitens der SPD-Fraktion wurde positiv hervorgehoben, dass alles dafür getan worden sei, bestehende Kurse und das Schulschwimmen aufrechtzuerhalten. Man sei froh, dass hier agiert und nicht reagiert wurde. Die SPD-Fraktion könne die durchgeführten und anstehenden Maßnahmen so mitgehen. Es wurde empfohlen, dass die Verwaltung auf Gruppen zugehe, die die Informationen zu den Gründen der Schließung der Bäder noch nicht erhalten hätten. Darüber hinaus solle darüber nachgedacht werden, zusätzlich entstehende Kosten (u.a. Benzinkosten) für weitere Fahrten (Langförden nach Vechta) von Gruppen zu übernehmen. Die Nachfrage, ob es für die Außenbecken des HWB keine Isolation gebe, um die Wärme im Becken zu halten, wurde verneint. Die Außenbecken würden jedoch nicht mehr beheizt. Man werde sich dazu Gedanken machen. Auf den Hinweis, die Diskussion an dieser Stelle auch für die Einwohner/innen zu öffnen, bat Ratsvorsitzende Göhner zunächst die internen Wortmeldungen abzuarbeiten.

Frau Gericke, Fachdienst Schulen und Sport, stellte die anliegend beigefügten Belegungspläne des Hallenwellenbades (alt und neu) sowie des Bades im Gymnasium Antonianum vor. Man habe alle Schulen berücksichtigen können. Sie berichtete zur Nutzung des Lehrschwimmbeckens in Langförden, dass sich Schulen beschwert hätten, dass dort das Schwimmenlernen für 3. und 4. Klassen wegen der

kurzen Bahnen nicht möglich sei. Nach der Neuorganisation der Hallenzeiten würden von Grundschulen sogar insgesamt mehr Hallenzeiten in Anspruch genommen. Die weiterführenden Schulen hätten teilweise für die Durchführung von Seepferdchenkursen auf zusätzliche Stunden verzichten müssen. Alle seien informiert worden. Bei weiteren Bedarfen der Nutzung von Hallenzeiten könne man sich gerne an sie wenden (sport@vechta.de). Wichtig sei es, Kindern nach erfolgreichem Abschluss der Seepferdchenkurse zu ermöglichen das Erlernte zu üben. Mit dem Aphasiezentrum sei gesprochen worden. Eine Berücksichtigung in der Planung war von dort nicht gewünscht. Nicht mehr eingeplant worden seien private Kurse, wie z.B. Babyschwimmen und die Physiotherapiepraxis Gerdes und Kröger. Die Priorität liege bei anderen Kursen höher. Private Schwimmgruppen könnten zudem den öffentlichen Badebetrieb nutzen.
Bürgermeister Kater ergänzte auf erneute Nachfrage der Fraktion Wir für Vechta, dass die Belegung durch den Sonnenhof über die Praxis Gerdes und Kröger erfolge. Hier werde man erneut Kontakt aufnehmen wg. einer möglichen Nutzung im Rahmen der öffentlichen Badezeiten. Der Hub-Boden des HWB sei flexibel einstellbar und daher auch für diese eine mögliche Lösung.

Ratsvorsitzende Göhner wies die Fraktion Wir für Vechta auf § 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin, wonach niemand öfter als zweimal in derselben Angelegenheit das Wort erhalten dürfe.

Zur Anhörung von Einwohnerinnen und Einwohnern nach § 16 der Geschäftsordnung, erkundigte sie sich, ob unter den anwesenden Einwohner/innen noch Fragebedarf in dieser Angelegenheit bestehe. Dies war nicht der Fall.

Vertretend für den Reha- und Behindertensportverein teilte Ratsherr Büssing mit, dass die Reaktionen von deren Seite durchaus positiv seien. Das HWB sei deutlich größer. Zudem könnten mehr Kapazitäten angeboten werden.

Nach Abschluss der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt schlug Ratsvorsitzende Göhner vor, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte dahingehend zu ändern, dass zunächst der Dringlichkeitsantrag der CDU behandelt werde (aufgrund des thematischen Zusammenhangs) und anschließend das Thema Zentralklinikum mit der Vorstellung von Herrn Aloys Muhle, Geschäftsführer des St. Marienhospitals, vorgezogen werde. Hiergegen erhoben sich keine Bedenken.

TOP 6

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2022 nach § 11 der Geschäftsordnung; Prüfung der Einrichtung / Unterstützung eines Härtefallfonds -Energie-

Die CDU-Fraktion stellte ihren Antrag vor. Es sei bekannt, dass das Land noch über den Härtefallfonds zu beraten habe. Dennoch stünden zum Ende des Jahres die Energieabrechnungen mit entsprechenden Nachzahlungen an. Es gehe um einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung, sich auf diese Situation vorzubereiten und Pläne zu erarbeiten, um dann zeitnah agieren zu können. Entsprechende Ergebnis-

se sollten zeitnah im Verwaltungsausschuss vorgestellt werden.

Bürgermeister Kater machte deutlich, dass die Verwaltung diesen Auftrag gerne annehme. Der Härtefallfonds sei bislang nur angekündigt. Jedoch gehe die Energiewirtschaft davon aus, dass ca. 15 % der Bevölkerung am Jahresende nicht in der Lage sei, eine Nachzahlung der Energiekosten zu tragen. Die Folge sei, dass der Energieversorger für entsprechende Haushalte eine Gassperre verhänge. Diese Lage wolle das Land mit dem Härtefallfonds verhindern, indem es das Verhängen der Sperre aussetze. Mit dem Landrat sei er sich einig, dass eine Gesamtlösung für das gesamte EWE-Gebiet gefunden werden müsse.

Bei der Umsetzung sei auch zu beachten, dass auf Bundesebene zurzeit diverse Leistungen aus dem Entlastungspaket III geplant würden: Heizkostenzuschuss, Erhöhung des Wohngeldes usw. Aufgrund der Subsidiarität des Härtefallfonds, seien Details aus diesem Paket abzuwarten. Eine Umsetzung solle auf lokaler Ebene erfolgen und werde eine Herausforderung bedeuten.

Die Nachfrage der Ratsvorsitzenden, ob diese Aussagen den Antragsteller zufriedenstellten, wurde bejaht, sofern denn auf lokaler Ebene eine zeitnahe Umsetzung erfolge und die Politik einbezogen werde.

Sowohl die Fraktion Wir für Vechta, die Ratsgruppe VCD und FDP als auch die SPD-Fraktion sahen eine Entscheidung in dieser Angelegenheit als verfrüht an. Ein Beschluss auf Landesebene sei abzuwarten.

Die CDU-Fraktion verdeutlichte, dass es zu spät sei, erst zu agieren, wenn der Härtefallfonds beschlossen sei. Um sofort agieren zu können, sei schon jetzt eine Entscheidung notwendig. Sie präzisierte ihren Antrag dahingehend, dass ein Prüfauftrag vorbehaltlich der Einrichtung eines Härtefallfonds erteilt werden solle.

Ratsvorsitzende Göhner ließ alsdann über den ergänzten Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt Vechta fasste folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Einrichtung eines Härtefallfonds, mögliche Beteiligungen der Stadt Vechta zu prüfen und vorzubereiten. Diese seien zeitnah im Verwaltungsausschuss vorzustellen, damit sie in der darauffolgenden Ratssitzung behandelt und beschlossen werden können.“

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen:	28
	Enthaltung:	3

TOP 7

Antrag der CDU Fraktion vom 24.09.2022 nach § 59 Abs. 2 S. 4 NKomVG;
Vorstellung der Planungen der Euthymiastiftung zur Zusammenlegung der Krankenhäuser Vechta und Lohne am Altstandort in Vechta

Die CDU-Fraktion stellte ihren Antrag vor. Man freue sich, dass das Klinikum für Vechta geplant sei, auch wenn die Lösung „auf der grünen Wiese“ als bessere empfunden wurde. Die Verantwortung liege jedoch bei der Schwester Euthymia Stiftung, die Planungshoheit dagegen bei der Stadt Vechta. Die Verwaltung werde daher aufgefordert, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und diese zusammen mit infrastrukturellen Lösungen im Rahmen einer Machbarkeitsstudie darzustellen.

Bürgermeister Kater begrüßte Herrn Aloys Muhle als Geschäftsführer des St. Marienhospitals. Dieser stelle anhand einer Machbarkeitsstudie die Planungen seitens der Euthymia Stiftung vor. Wichtig für die Stadt sei eine für die Zukunft tragfähige Lösung. Das Thema werde seit 3 Jahren diskutiert. Die nächsten Schritte seien eine europaweite Ausschreibung der Architektenleistungen (Start eines Architektenwettbewerbs) sowie Vorstellung der Maßnahme im Planungsausschuss im November. Die Krankenhausgesellschaften (er selbst sei als Privatperson Mitglied des Kuratoriums) müssten den Antrag stellen. Erst nach Entscheidung für einen Entwurf erfolge das baufachliche Prüfverfahren, in dem u.a. die Frage der Parkflächen zu klären sei (frühestens 2023).

Herr Muhle informierte, dass Herr Ulrich Pelster, Vorstand der Schwester Euthymia Stiftung sich entschuldigen lasse. Er stellte alsdann die Planungen anhand der in der Anlage beigefügten Präsentation vor. Er ging dabei auf die gesellschaftsrechtliche Struktur und den Verbund des Stiftungsrates der Schwester Euthymia Stiftung, den Inhalt des Förderantrags aus 2019 sowie auf die Rahmenbedingungen der Planungen mit Krankenhausplan, Krankenhausgesetz Niedersachsen, Medizinstrategie etc. ein und stellte den Gesamtablauf der Planung bis zum status quo, das Betriebs- und Organisationskonzept sowie das Raum- und Funktionsprogramm vor. Der aktuelle Flächenstatus entspreche nicht dem Flächenbedarf, der sich heute (modernen Erfordernissen angepasst) ergeben würde. Hier entstünde ein Flächenbedarf 28.000 qm Nutzfläche (aktuell vorhandene Nutzfläche: 20.000 qm). Im Sinne der Nachhaltigkeit sollten gewisse Gebäudeteile (ca. 9.000 qm) erhalten bleiben. Darüber hinaus werde die Liebfrauenschule nicht verdrängt, sondern im Bestand optimiert. Das aus allen Überlegungen entwickelte Ergebnis sei eingereicht worden und grundsätzlich vom Sozialministerium positiv bewertet. Als Option für die Schaffung von Parkraum sei der derzeitige Hubschrauberlandeplatz vorgeschlagen. Die Bauzeit betrage 6 – 7 Jahre. Die Baukosten lägen bei 174 Mio. € (ein Komplettneubau würde 293 Mio. € kosten). Gefördert werde nur der stationäre, nicht der ambulante Bereich.

Die CDU-Fraktion erkundigte sich, ob die Schwester Euthymia Stiftung im Rahmen der Konzepte die Infrastruktur von fachkundiger Seite geprüft habe.

Herr Muhle informierte, dass keine Prüfung erfolgt sei, sondern Gespräche mit der Stadt (Bürgermeister Kater und Fachbereichsleiterin Scharf) geführt wurden. Er ging in diesem Zusammenhang auf einige im Rahmen der Machbarkeitsstudie dargestellte Planungen ein:

- Notaufnahme im EG: Zufahrt von der Straße Contrescarpe (als Einbahnstraße)
- Anlieferung von Sachmitteln im hinteren Bereich

- Erhalt der Kapelle
- Erweiterung nach vorne (Marienstraße)
- 1. OG: OP, Intensivstation, ggf. Mutter-Kind-Zentrum
- 2.OG: Pflegestationen
- Anordnung in Kammstruktur zum Erhalt kurzer Wege
- Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach

Auf weitere Nachfragen der CDU-Fraktion führte er zu geplanten Neuerungen aus, dass für Ende dieses Jahres die Eröffnung des neuen Herzkatheterlabors geplant sei, MRT und CT blieben erhalten und bis Ende 2024 würden diverse EDV-Projekte auf den Weg gebracht. Im Rahmen der notwendigen Infrastruktur informierte er, dass ca. 50 % mehr Mitarbeiter (u.a. aus Lohne) benötigt würden (insgesamt etwa 1600). Etwa 40 % der Patienten seien Notfälle, 60 % gelangten über den Vordereingang in das Gebäude. Die Frage, wer das Parkhaus baue, sei bislang nicht beantwortet. Das Land übernehme üblicherweise 80 – 90 % der Krankenhausbaukosten, die Kostenübernahme der Differenz sei bislang nicht besprochen. Bei den zuletzt erfolgten Maßnahmen habe man sich auf eine Drittelung (Krankenhaus, Landkreis und beteiligte Kommunen) geeinigt.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen teilte er weiter mit, dass die Schulstiftung St. Benedikt das Projekt mittrage. Eine Schließung der Liebfrauenschule stehe nicht zur Diskussion. Für das geplante Parkhaus gebe es aktuell keine Alternativen, da für einen Standort auch die geringe Entfernung zum Krankenhaus entscheidend sei. Die Fraktion machte deutlich, dass den aktuellen Planungen des Parkhauses der ökologische Ausbau des Moorbachs entgegenstehe. Auf weitere Nachfragen informierte Herr Muhle, dass er nicht davon ausgehe, dass die Kosten auf 500 Mio. € steigen könnten (Ausnahme: 15 % Inflation). Eine Regelung der Parksituation (u.a. Ärztehaus) in der Bauphase werde nicht als problematisch angesehen. Artzhelfer etc. könnten leicht im Umfeld parken. Die erste Bauphase beginne in einem Bereich ohne Patientenversorgung, so dass eine Umsetzung im laufenden Betrieb möglich sei.

Die Ratsgruppe VCD und FDP sprach sich für eine gute Krankenhausversorgung aus und warb um Akzeptanz der Mitarbeiter sowie der Beteiligten in Lohne. Auf Nachfrage zur Höhe des Eigenanteils des Krankenhauses am Gesamtvolumen, teilte Herr Muhle mit, dass er hierzu aktuell keine Zahl nennen könne. Das Ergebnis des Zuschlags sei abzuwarten. Die Resonanz der Mitarbeiter sei zudem durchweg positiv, auch trotz anstehender Bauarbeiten im laufenden Betrieb. Von Vorteil sei hier zudem der Erhalt kurzer Wege (was bei Umsetzung auf der grünen Wiese anders aussähe). Für Sorgen in Lohne habe er durchaus Verständnis, hoffe aber, diese durch die vorgeschlagenen Konzepte für Lohne abfedern zu können. In Bezug auf die Planungen Am Sternbusch habe es keine Anträge an die Stadt gegeben.

Auch die SPD-Fraktion stand den Planungen positiv gegenüber. Es werde eine große Chance für Vechta gesehen, die eine Strahlkraft auf die Entwicklung der Innenstadt haben werde. Der Entschluss gegen einen Bau auf grüner Wiese habe erhebliche Einsparungen zur Folge.

Die Fraktion Wir für Vechta bat die im Verwaltungsausschuss diskutierten Planungen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Moorbachs zu überdenken, da sie den Krankenhausplanungen entgegenstünden. Ratsvorsitzende Göhner bat, Informationen aus nichtöffentlicher Sitzung des Verwaltungsausschusses nicht in öffentlicher Ratssitzung zu thematisieren. Die Idee der Fraktion, das gesamte

Krankenhaus nach vorne auf den Parkplatz zu ziehen und den Bereich des Niels-Stensen-Werks zu nutzen, sei intensiv diskutiert worden, so Herr Muhle. Jedoch würden die JVA und die Klosterkirche zugebaut, was nicht gewollt und möglich sei. Die Nutzung der Räumlichkeiten des Niels-Stensen-Werkes sei u.a. vor dem Hintergrund des energetischen Standards der Gebäude abgelehnt worden. Die Rehaklinik sei zudem zu weit entfernt. Die Fraktion machte darauf aufmerksam, dass die Liebfrauenschule durch den Bau in unmittelbarer Nähe in eine unangenehme Situation gebracht werden könnte, da die Eltern ihren Kindern ein Lernen neben dem Baubetrieb ersparen wollten und sie deshalb dort nicht anmeldeten.

Nach Abschluss der Aussprache dankte Ratsvorsitzende Göhner Herrn Muhle für dessen ausführliche Informationen.

Sie unterbrach die Sitzung um 21.20 Uhr für eine kurze Pause.

Um 21.30 Uhr nahm Ratsvorsitzende Göhner die Sitzung wieder auf.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der noch ausstehenden Tagesordnungspunkte auf die nächste reguläre Ratssitzung. Hierüber ließ Ratsvorsitzende Göhner abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen:	15
	Nein-Stimmen:	14
	Enthaltungen:	3

Dem Antrag wurde zugestimmt. Die bislang nicht behandelten Tagesordnungspunkte wurden auf die nächste reguläre Sitzung des Rates vertagt.

Ratsvorsitzende Göhner beendete die Sitzung um 21.40 Uhr